

lismus unterstützt haben und an dem Mordanschlag gegen unsere Gemeinschaft beteiligt waren, aus Schlüsselpositionen, die ihnen von neuem Entscheidungsbefugnis über Menschen in die Hand geben.

4. Schnelle und entschiedene Durchführung aller bereits bestehenden Wiedergutmachungsgesetze.

5. Baldiger Erlass einer Wiedergutmachungsgesetzgebung, die die noch vorhandenen Lücken schließt unter vorheriger Mitwirkung der berufenen Vertreter der Opfer des Naziregimes.

6. Angemessene Berücksichtigung der Verfolgten bei der Lastenausgleichsgesetzgebung.

7. Ausreichende Hilfe bei der Betreuung unserer alten und kranken Menschen.

8. Sicherung der Existenz der Kultusgemeinden.

9. Schutz der jüdischen Friedhöfe und der Gedenkstätten der Opfer des Nationalsozialismus.

Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland erklärt, daß es die kollektiven Ansprüche des Staates Israel mit Nachdruck unterstützt. Hier handelt es sich um ein Anliegen der Juden der ganzen Welt.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland begrüßt die Bereitwilligkeit der Bundesregierung, mit den legitimen Vertretern des Judentums zu verhandeln. Der Zentralrat der Juden in Deutschland heißt auch diesen Wunsch willkommen, den Frieden unter den Völkern der Welt wiederherzustellen, wie er den Weltfrieden als höchstes Gut der Menschheit ansieht.

Hamburg, den 8. Oktober 1951.

Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland."

(Nach: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland VI. [Düsseldorf, 12. 10. 51] 27, S. 1)

1h) Jüdischer Weltkongreß zur deutschen Regierungserklärung: „Praktische Maßnahmen entscheidend“

Auch der Jüdische Weltkongreß nimmt zu dem Bekenntnis der Bundesregierung und der feierlichen Sitzung des Deutschen Bundestages Stellung und betont in einer Erklärung:

„Der Kongreß nimmt mit besonderem Interesse zur Kenntnis, daß sich die Erklärung des Bundeskanzlers auf alle Fragen bezieht, die vom Jüdischen Weltkongreß erhoben wurden, insbesondere auf die Bedeutung der Umerziehung des deutschen Volkes, die dringende Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen gegen das Wiederaufleben von Antisemitismus und gegen jeden Versuch der Neugründung einer nazistischen Bewegung, sowie auf die Berechtigung und Notwendigkeit einer substantiellen materiellen Entschädigung an alle jüdischen Opfer des Naziregimes

und besonders an Israel, das die Hauptlast der Rehabilitation der Opfer der Naziverfolgung auf sich genommen hat.

Wenn auch die Untaten des Naziregimes nie aus der Erinnerung des jüdischen Volkes gelöscht werden können, so nimmt der Jüdische Weltkongreß doch zur Kenntnis, daß die deutschen Behörden beabsichtigen, bedeutende Schritte auf dem Wege zur wahren Wiedergutmachung zu ergreifen.

Das jüdische Volk wird die Aufrichtigkeit solcher Schritte nach den praktischen Maßnahmen beurteilen, die unternommen werden, um die Verluste wieder gutzumachen, die das Judentum in zwölf qualvollen Jahren durch das Dritte Reich erleiden mußte.“

(In: Deutschland und das Judentum, a. o. O. S. 10.)

1i) Israel antwortet auf die Erklärung der Bundesregierung zum deutsch-jüdischen Verhältnis

Nachstehend veröffentlichen wir ein offizielles Kommuniqué der Regierung des Staates Israel zur Erklärung der Bundesregierung über die Haltung der Bundesrepublik zum jüdischen Volk und zum Staat Israel.

„Der Mord an sechs Millionen Juden (s. u. S. 43), von Deutschen unter dem Naziregime begangen, von Plünderung und Raub in gigantischem Ausmaß begleitet, findet in der Geschichte der menschlichen Zivilisation keine Parallele.

Diese Tatsachen können nicht durch Erklärungen, seien sie auch noch so sehr von Aufrichtigkeit und Reue getragen, aus den Annalen der Geschichte getilgt werden.

Ein Drittel des jüdischen Volkes wurde vernichtet und grenzenloses Leid über Millionen unschuldiger Menschen gebracht. Viele der bedeutendsten und ältesten jüdischen Gemeinden Europas wurden ausgemerzt, und noch viele Jahre wird das jüdische Volk an den Narben der Wunden zu tragen haben, die es an Körper und Seele zu erleiden hatte. Mit Entsetzen werden noch viele spätere Generationen der zivilisierten Menschheit auf diese mutwillige Vernichtung eines Volkes durch ein anderes blicken, die nicht in einem Krieg erfolgte, sondern in einem

kaltblütigen und systematischen Feldzug der Vernichtung und der Ausplünderung.

Unter diesem Aspekt muß die Erklärung des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland über das zwischen Deutschland und dem jüdischen Volke bestehende Problem betrachtet werden.

Die Erklärung des deutschen Bundeskanzlers scheint nun endlich einen Versuch seitens der Bundesrepublik Deutschland darzustellen, sich mit dieser schwierigen Frage auseinanderzusetzen und die Initiative zu moralischer und materieller Wiedergutmachung am jüdischen Volke zu ergreifen. Dabei soll besonders vermerkt werden, daß die Erklärung von einem direkten Appell an das deutsche Volk begleitet war, sich von der fluchbeladenen Erbschaft des Antisemitismus und der Rassendiskriminierung loszusagen.

Die kürzlich bekanntgewordenen Manifestationen der Aktivität neonazistischer Gruppen in Deutschland haben die jüdische Öffentlichkeit in aller Welt zutiefst mit Unruhe erfüllt. Es erscheint deshalb von besonderer Wichtigkeit, daß die deutsche Bundesregierung nunmehr auch beabsichtigt, gesetzgeberische Maßnahmen gegen solche Gruppen zu ergreifen und daß sie sich gleichzeitig für erzieherische